

Der Mittelstand will den Euro!

Stand: 15.06.2011

Der Hintergrund

Die mangelnde Haushaltsdisziplin der letzten Jahre und die Spätfolgen der Bankenkrise, führten einige Euro-Länder beinahe in den Staatsbankrott. Bereits im Frühjahr 2010 entschied man sich, einen drohenden Liquiditätsengpass Griechenlands gemeinschaftlich abzuwenden. Die bilateralen Kredite, die Verabschiedung des Rettungsfonds und die Anleihenkäufe der Zentralbank sollten die Finanzmärkte beruhigen und stabilisieren. Mit geringem Erfolg. Die Situation in Griechenland ist heute, ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket, desolater als zuvor. Ebenso beantragten Irland und Portugal Hilfen von der europäischen Staatengemeinschaft. So steht die Währungsunion jetzt vor der Herausforderung, nicht nur kurzfristige Lösungen zu ersinnen, sondern ein nachhaltiges System zu schaffen, das Wirtschaftswachstum in allen Mitgliedsländern ermöglicht. Die Lösung setzt sich aus kurz- und langfristigen Elementen zusammen. Generell gilt:

Der Mittelstand in Europa braucht den Euro

Ein Auseinanderbrechen der Währungsunion würde Wechselkursschwankungen, Planungsunsicherheit und Bürokratie bedeuten. In einer Umfrage des BVMW unter deutschen Mitgliedsbetrieben sprechen sich fast 90 Prozent für den Euro aus.

1) Kurzfristige Perspektive

Aufarbeitung

Vorbildhaft ist der Report der isländischen Kommission zur Untersuchung der Bankenkrise, in dem auch die Verantwortlichen beim Namen genannt werden. Diese Form der unabhängigen Aufarbeitung in den Problemländern ist notwendig, um einen echten Neuanfang mit unbelasteten Personen einzuleiten und das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen.

Der Mittelstand ist der Schlüssel für die Lösung der Krise

Die Staaten, die sich in Schwierigkeiten befinden, können ihre Situation nur verbessern, wenn die mittelständische Wirtschaft wächst. 99 Prozent der Unternehmen im Euro-Gebiet gehören zum Mittelstand¹. Ihre Leistungsfähigkeit ist das wirtschaftliche Rückgrat des Euro-Raums.

¹ Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten in Relation zu allen Unternehmen. Quelle: EU-Kommission

Zur Stärkung des Mittelstands empfehlen wir ein Paket aus Bürokratieabbau, Existenzgründungsförderung, Außenhandelsaktivitäten und Unterstützung bei der Finanzierung.

Strukturreformen und Umschuldung: Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

Die Durchsetzung von vorhandenen Steuergesetzen und die Vermeidung von Verschwendung ist richtig. Strukturreformen sind notwendig. Eine Austeritätspolitik², die dagegen eine massive Rezession heraufbeschwört und mittelständische Unternehmen in die Pleite treibt, ist nicht zielführend. Eine Verringerung der Relation von Staatsverschuldung zu Bruttoinlandsprodukt hat in einer Rezession noch nie geklappt. Daher befürworten wir eine Umschuldung unter Einbeziehung privater Gläubiger. Für den Ablauf des Verfahrens haben sich in der Vergangenheit bereits internationale Standards herausgebildet (z. B. Brady-Bonds), die für die Situation in der EU angepasst werden könnten.

Sicherstellung der Finanzierung

Nach der Umschuldung ist europäische Solidarität gefragt, da das betreffende Land vom Kapitalmarkt abgeschnitten sein wird, bis sich die Nachhaltigkeit der neuen Politik zeigt und wieder Vertrauen aufgebaut ist. Die Finanzierung des Landes könnte vorübergehend über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder über neue Instrumente wie die „Euro-Bonds mit individueller Teilhaftung“ erfolgen.

Die Emission von Euro-Bonds vor einer Umschuldung oder vor einer anderen langfristig tragfähigen Lösung der Verschuldungsproblematik, lehnt der BVMW dagegen ab.

2) Mittelfristige Perspektive

Abschaffung der Kohäsions- und Strukturfonds für Euro-Länder

Die Euro-Länder, die pro-Kopf am meisten Mittel aus den europäischen Anpassungsfonds erhalten haben, sind heute in den größten Schwierigkeiten. Daher sehen wir die Fonds in der heutigen Form skeptisch und plädieren für ihre Abschaffung in der Euro-Zone. Für den deutschen Bundeshaushalt wären die eingesparten Haushaltsmittel ein Ausgleich für die höheren Zinslasten, die durch die gemeinschaftliche Anschlussfinanzierung nach einer Umschuldung zu tragen wären.

² Staatliche Sparpolitik die in Zeiten ökonomischer Krisen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation herbeiführen soll.

Währungsunion: Koordination statt Zentralität

Die Stimmen mehren sich, dass eine Währungsunion nur bei einer politischen Union funktionieren kann. Insbesondere die Eurokraten in Brüssel frohlocken, da diese Entwicklung ihnen mehr Macht bescheren wird. Aus unserer Sicht würde eine Europäische Zentralregierung nicht zur Stabilität des Systems beitragen. Richtig ist dagegen, die Koordination zwischen den Staaten zu verbessern. Dazu gehören auch genauere Statistiken und ein besonderer Fokus auf den Bereich der nicht-handelbaren Güter. Ordnungspolitisch saubere Lösungen sind denkbar, wenn die Diskussion über eine dezentrale Geldpolitik (z. B. über nationale Kapitalpuffer, wie sie auch im Rahmen von Basel III vorgesehen sind) oder die notwendige Preisflexibilität in einer Währungsunion ernsthaft geführt wird. Der Leitgedanke der Subsidiarität muss beibehalten werden.

Die Vorteile der Währungsunion nutzen: Staaten und Unternehmen bei der Finanzierung entkoppeln

In Europa gilt die Freizügigkeit von Gütern, Menschen und Kapital. Eine einheitliche europäische Rechtsform (SPE) würde es den mittelständischen Unternehmen erleichtern, die Vorteile eines gemeinsamen Kreditmarktes zu nutzen. Ein Beispiel: Heute sehen sich griechische Unternehmen massiven Refinanzierungsschwierigkeiten gegenüber. Mit einer einheitlichen europäischen Rechtsform wäre es dagegen für solvente Unternehmen einfacher, sich an europäische Banken außerhalb Griechenlands mit ihren Kreditwünschen zu wenden.

Es gibt kein zurück!

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der europäische Einigungsprozess den Kontinent dauerhaft befriedet und für Wohlstand gesorgt. Dies darf durch herdengesteuerte Spekulation und kurzatmige Antworten der Politik nicht auf's Spiel gesetzt werden.

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Leipziger Platz 15, Mosse-Palais, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 533206-0
Fax: +49 (0)30 533206-50
politik@bvmw.de
www.bvmw.de